

11.03.2026

Ich sitze im Stadtrat nicht als Parteimitglied, sondern als ganz normaler Bürger. Absolut unabhängig. Und genau deshalb mache ich mir ernsthafte Gedanken über den kommenden Haushalt, der hier und heute verabschiedet werden soll. Nicht ideologisch, nicht parteizentriert – sondern frei.

In fast jeder Haushaltsrede haben wir das Gleiche gehört: Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Aufgaben wachsen, Mittel nicht. Die Spielräume werden enger. Bund und Land übertragen immer mehr Verantwortung – ohne sie ausreichend finanziell zu hinterlegen. Die Kreisumlage steigt und steigt ohne Ende. Der nph will immer mehr Geld, für einen nicht gut abgestimmten öffentlichen Nahverkehr (Stichwort: überfüllte Schulbusse; leere Busse in den Randzeiten). Personalkosten explodieren wegen überbordender Bürokratie.

Die Analyse ist klar. Die Kritik auch.

Und am Ende?

Am Ende stimmen wir trotzdem zu?

Jahr für Jahr beschreiben wir strukturelle Probleme – und beschließen anschließend genau die Strukturen, die wir vorher beklagt haben. Dieser Widerspruch lässt mich nicht los und begleitet mich schon lange.

Unsere Stadt steht im Vergleich solide da. Darauf können Verwaltung und Politik zu Recht stolz sein. Gerade deshalb sollten wir besonders sorgfältig entscheiden, wofür wir dauerhaft Verpflichtungen eingehen.

Das medizinische Versorgungszentrum MVZ – ganz klar richtig und wichtig. Es stellt das Rückgrat der medizinischen Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Marienmünster dar.

Aber im aktuellen Haushalt findet sich auch ein Projekt, das politisch gewollt ist – das aber außerhalb der politischen Blase auf breite Skepsis stößt. Fördermittel machen es auf dem Papier attraktiv. Aber Fördermittel ersetzen keine langfristige Tragfähigkeit. Was heute bezuschusst wird, muss morgen aus eigener Kraft finanziert werden. Gemeint sind Maßnahmen aus dem ISEK-Programm – wie sich jetzt herausstellt hat der alte Rat mit seiner Entscheidung zum Kauf der Immobilie „Gasthaus Weber“ den Menschen in Marienmünster einen teuren Bärenienst erwiesen. Das Gebäude war von Anfang an völlig ungeeignet für die geplante Nutzung – das fällt uns jetzt wieder auf die Füße und wird den Bürgerinnen und Bürgern in Marienmünster viel Geld kosten. Ein Abbruch des ganzen Vorgangs darf hier nicht mehr Tabu sein!

Auch unser Hallenbad hier in Marienmünster möchte ich ansprechen. Vorab: Niemand will es schließen – ich selbstverständlich auch nicht. Aber können wir uns jährlich 330.000 Euro Zuschuss leisten? Das ist ein richtig großer Posten im Haushalt. Wir brauchen hier dringend neue Wege, um den Zuschuss zu reduzieren. Erhöhte Eintrittspreise, Schließung des defizitären, kaum genutzten Saunabereichs, höhere Gebühren für Kommunen, die ihren Schwimmunterricht hier durchführen lassen, Kooperationen mit Nachbarkommunen – auch hier darf es kein Tabu mehr geben.

Das Thema „Akzeptanz der Windenergie“ muss auch angesprochen werden. Wie will man zukünftig Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie erreichen? Der Haushalt gibt darauf keine Antwort. Die Stadt Marienmünster hat zukünftig erhebliche Einnahmen aus der Windenergie – in Marienmünster hauptsächlich zu Lasten und auf dem Rücken der Einwohner von Bredenborn. Wir müssen hier endlich über eine echte Bürgerstiftung in den Händen der Bürger sprechen, damit die Menschen, die den Lärm und Schattenschlag ertragen müssen, am Ende auch etwas davon haben. Hier muss auch die Stadt Marienmünster ihre Verantwortung gerecht werden und ihren Anteil leisten – aus meiner Sicht sogar sehr deutlich! Sonst macht man sich vor den Bürgerinnen und Bürgern unglaubwürdig.

Mein Fazit: Zukünftig muss weiter gelten - Nicht alles, was möglich ist, ist auch verantwortbar. Und nicht jedes Wunschprojekt wird dadurch richtig, dass man es sich lange genug wünscht. Hier Haltung zu zeigen, heißt für mich nicht, Chaos zu wollen. Es heißt, ehrlich abzuwägen – und im Zweifel auch einmal nicht den bequemsten Weg zu gehen.

Der Kommentar in der Neuen Westfälischen von David Schellenberg vom 14.03.2025 ist heute noch so gültig, wie vor einem Jahr. Er bringt genau diesen Widerspruch zwischen „Analyse und Kritik und am Ende doch Zustimmung“ auf den Punkt.

Am Ende „muss sich jeder Lokalpolitiker, der einem Etatplan zugestimmt hat, vorwerfen lassen, wissentlich mit für den Untergang verantwortlich zu sein. [...] Denn hier wird wissentlich die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder verspielt. [...] Warum hält keiner den Wahnsinn auf und sagt Nein?“

Vielleicht ist es an der Zeit sich zu fragen, ob Politik wirklich immer so funktionieren muss?

In diesem Sinne kann ich dem Haushalt nicht mit gutem Gewissen zustimmen.

Es liegt nicht am Kämmerer oder am Bürgermeister – es liegt an grundsätzlich falschen Strukturen.

In Hinblick auf die kurze Amtszeit des neuen Bürgermeisters und im Vertrauen auf unser gutes persönliches Gespräch, werde ich den Haushalt aber auch nicht ablehnen.

Nur dies persönliche Gespräch steht gegen eine Ablehnung.

Heute werde ich mich deshalb Enthalten, obwohl dies im Grunde näher an einer Ablehnung ist als an einer Zustimmung.

Wenn wir heute nicht anfangen, Strukturen zu ändern, werden wir morgen tatsächlich im Chaos landen.